Gegenüberstellung

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den geltenden Gesetzesbestimmungen

Gesetzesentwurf	geltende Gesetzesbestimmungen
-----------------	-------------------------------

§ 11 Grundschule

(4) Die Grundschule erstellt mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstands, der Lernentwicklung und der Fähigkeiten der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird auch diese mit dem genannten Zusatz benannt. Die Eltern entscheiden nach Beratung durch die Grundschule über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe

(4) Die Grundschule erstellt mit dem Halbjahreszeugnis der Klasse 4 auf der Grundlage des Leistungsstands, der Lernentwicklung und der Fähigkeiten der Schülerin oder des Schülers eine zu begründende Empfehlung für die Schulform, die für die weitere schulische Förderung geeignet erscheint. Ist ein Kind nach Auffassung der Grundschule für eine weitere Schulform mit Einschränkungen geeignet, wird auch diese mit dem genannten Zusatz benannt. Die Eltern entscheiden nach Beratung durch die Grundschule über den weiteren Bildungsgang ihres Kindes in der Sekundarstufe I, soweit nicht nach einer pädagogischen Prognose zu diesem Zeitpunkt dessen Eignung für die gewählte Schulform offensichtlich ausgeschlossen ist. Das in der Verantwortung der beteiligten Schulen und der Schulaufsicht liegende Übergangsverfahren wird in der Ausbildungsordnung geregelt. Die abschließende Entscheidung über eine offensichtliche Nichteignung trifft das Schulamt auf der Grundlage eines Prognoseunterrichts.

§ 46 Aufnahme in die Schule, Schulwechsel

(3) Jedes Kind hat einen Anspruch auf Aufnahme in die seiner Wohnung nächstgelegene Grundschule der gewünschten Schulart in seiner Gemeinde im Rahmen der vom Schulträger festgelegten Aufnahmekapazität, soweit der Schulträger keinen Schuleinzugsbereich gebildet hat.

(3) Jedes Kind hat einen Anspruch auf Aufnahme in die seiner Wohnung nächstgelegene Grundschule der gewünschten Schulart in seiner Gemeinde im Rahmen der vom Schulträger festgelegten Aufnahmekapazität.

§ 49 Zeugnisse, Bescheinigungen über die Schullaufbahn

(2) Neben den Angaben zum Leistungsstand werden in Zeugnissen und in Bescheinigungen über die Schullaufbahn die entschuldigten und unentschuldigten Fehlzeiten aufgenommen. Ferner können nach Entscheidung der Versetzungskonferenz Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten aufgenommen werden. Die Schulkonferenz stellt Grundsätze zu einer einheitlichen Handhabung der Aussagen auf. Die Aufnahme der Fehlzeiten und der Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten entfällt bei Abschluss- und Abgangszeugnissen.

Es wird folgender neuer Absatz 3 eingefügt.

(3) Nach Entscheidung der Zeugnis- oder Versetzungskonferenz werden weitere Bemerkungen über besondere Leistungen und besonderen persönlichen Einsatz im außerunterrichtlichen Bereich in Zeugnissen und in Bescheinigungen über die Schullaufbahnen aufgenommen.

Auf Wunsch der Schülerin oder des Schülers können ebenfalls außerschulische ehrenamtliche Tätigkeiten gewürdigt werden. In Abschluss- und Abgangszeugnissen beziehen sich Bemerkungen nach dieser Nummer auch auf die gesamte Schullaufbahn.

Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

(2) Soweit in den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen nichts anderes bestimmt ist, werden neben den Angaben zum Leistungsstand in Zeugnissen und in Bescheinigungen über die Schullaufbahn aufgenommen:

1. die entschuldigten und unentschuldigten Fehlzeiten,
2. Aussagen zum Arbeitsverhalten und zum Sozialverhalten, denen die Notenstufen „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“ und „unbefriedigend“ zu Grunde gelegt werden und die nach Entscheidung der Zeugnis- oder Versetzungskonferenz durch eine Beschreibung ergänzt werden können; die Schulkonferenz entscheidet, ob die Aussagen zum Arbeitsverhalten und zum Sozialverhalten an der Schule durch Beschreibungen ergänzt werden sollen und stellt Grundsätze für eine einheitliche Handhabung auf,

§ 66 Zusammensetzung der Schulkonferenz

In Absatz 3 erhalten die Ziffern 2. bis 4. folgende Fassung:

2. an Schulen der Sekundarstufe I sowie an Schulen mit Primarstufe und Sekundarstufe I sowie an Schulen der Sekundarstufe I und II

1 : 1 : 1

3. an Schulen der Sekundarstufe II

5 : 2 : 5

Ziffer 4. entfällt

(3) Mitglieder der Schulkonferenz sind die Schulleiterin oder der Schulleiter sowie die gewählte Vertretung der Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler im Verhältnis

Lehrerinnen und Lehrer : Eltern : Schülerinnen und Schüler

1. an Schulen der Primarstufe 1 : 1 : 0

2. an Schulen der Sekundarstufe I sowie an Schulen mit Primarstufe und Sekundarstufe I
3 : 2 : 1

3. an Schulen der Sekundarstufe II

3 : 1 : 2

4. an Schulen der Sekundarstufe I und II

2 : 1 : 1

5. an Weiterbildungskollegs und dem Kolleg für Aussiedlerinnen und Aussiedler

1 : 0 : 1.

§ 84 Schuleinzugsbereiche der Förderschulen, Bezirksfachklassen und bezirksübergreifende Fachklassen der Berufsschulen

**Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„§ 84 Schuleinzugsbereiche“**

(1) Für jede öffentliche Schule kann der Schulträger durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden. Eine Schule kann die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers ablehnen, wenn sie oder er nicht im Schuleinzugsbereich wohnt und keinen wichtigen Grund für den Besuch der Schule darlegt. § 46 Abs. 5 bleibt unberührt.

(1) Für Förderschulen kann der Schulträger durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden. Eine Schule kann die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers ablehnen, wenn sie oder er nicht im Schuleinzugsbereich wohnt und keinen wichtigen Grund für den Besuch der Schule darlegt.

Begründung

1. zu § 11:

Die verbindlichere Grundschulempfehlung und der Prognoseunterricht haben den Elternwillen ausgehebelt. Wissenschaftlich belegt ist, dass ca. 40% der Grundschulempfehlungen in der Prognose falsch sind, die Kinder häufig über- und unterschätzt werden. Häufig wird das Kind akademisch gebildeter Eltern immer noch besser eingeschätzt, als ein Kind nichtakademisch gebildeter Eltern (bei gleicher Kompetenz im Lernvermögen). Schwarz-gelb hat daraus keine Lehre gezogen. Stattdessen wurde das System verschärft. Wird die Grundschulempfehlung von den Eltern nicht akzeptiert, kommt das Kind in den Prognoseunterricht. Der Elternwille wird missachtet. Kinder mit neun oder zehn Jahren werden mit einem mehrtägigen "assessment" (Prognoseunterricht) konfrontiert und durch Personen, die ihnen völlig unbekannt sind, abschließend beurteilt. Das ist nicht kindgerecht, verschärft die Selektion und mindert die Bildungsbeteiligung. Mit den Änderungen erhält der Elternwille wieder Vorrang.

2. zu § 46:

Siehe die Begründung zu § 84 Abs. 1.

3. zu § 49:

Das Arbeits- und Sozialverhalten durch sogenannten „Kopfnoten“ zu beurteilen, ist kontraproduktiv. Eine solche Note wird der individuellen Vielfalt des Kindes nicht gerecht und entspricht nicht einer angemessenen Kultur der Rückmeldung. Vielmehr müssen Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten inhaltliche Hinweise zu Entwicklungsbedarf und erforderlichen Verhaltensänderungen enthalten. Mit den Änderungen werden die sogenannten „Kopfnoten“ abgeschafft.

4. zu § 66:

Die Beteiligungsrechte der Eltern und der Schülerinnen und Schüler wurden durch das schwarz-gelbe Schulgesetz beschnitten. Die Drittelparität in der Schulkonferenz wurde abgeschafft und damit auch die

Schülermitbestimmung eingeschränkt. Die Mitgestaltung durch die „Hauptpersonen“ an einer Schule und damit die innerschulische Demokratie spielt somit lediglich eine sekundäre Rolle. Die Schule ist aber ein zentraler Ort der Demokratie, an welchem alle für den Lernprozess Verantwortlichen gemeinsam gestalten und entscheiden sollten.

Die Drittelparität macht bewusst, dass Schule keine Veranstaltung einer einzelnen Gruppe ist. Sie zwingt dazu, Einstellungen, Haltungen und fachliche Entscheidungen zu begründen und argumentativ zu überzeugen. Demokratie muss von klein auf erlebt werden und für Kinder und Jugendliche erfahrbar sein. Schule braucht auch bessere Elternmitwirkung. Mit den Änderungen zur Drittelparität wird dies wieder eingeführt.

5. zu § 84:

Die Streichung der Schulbezirke und von Schuleinzugsbereichen wurde von Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände einhellig als problematisch und falsch beurteilt. Sie sprachen und sprechen sich ebenso einhellig für Schuleinzugsbereiche als Steuerungsinstrument aus. Die Änderung ermöglicht den Kommunen die Nutzung dieses planerischen Instruments, um zum Beispiel eine gleichmäßige Auslastung ihrer Schulen zu erreichen. Der Hinweis auf § 46 Abs. 5 dient der Klarstellung.